



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 41

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 8 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8244.

Hamburg, den 14. Oktober 1922

Anzeigen kosten die sechsgepaaltene Non-
pareilzeile oder deren Raum 5 Mark
(Der Betrag ist stets vorher einzulösen),
Verbandsanzeigen 2 Mark die Zeile.

36. Jahrg.

Die Lohnregelung im Malergewerbe für Oktober 1922.

Ueber die Mißstimmung, die in unsern Kollegenkreisen die Septemberventseidung gebracht hatte, wurde in Nr. 30 des „Vereins-Anzeiger“ zusammenfassend berichtet. Die Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse haben sich in wenigen Wochen bedeutend erhöht. Die Preissteigerung aller notwendigen Konsumartikel steht aber nicht still, von Tag zu Tag schreitet sie fort und untergräbt die Kaufkraft aller Lohn- und Gehaltsempfänger. Es gibt für die Arbeiter in der privatkapitalistischen Wirtschaft kein anderes Mittel, um der Not zu steuern, als eine Erhöhung der Löhne, diese müssen wenigstens einigermaßen an den Stand der erhöhten Preise herangebracht werden.

Von diesem Grundsatz haben sich unsere Kollegenvertreter bei allen Lohnverhandlungen leiten lassen. Was in ihren Kräften lag, dies Ziel zu erreichen, haben sie getan, trotz vieler Schwierigkeiten und des sich immer mehr verstärkenden Widerstandes der Arbeitgeber. In keiner Verhandlung ist es zu einer Einigung gekommen, stets mußte über die grundsätzliche Durchschnittslohnerhöhung ein Schiedsspruch gefällt werden.

Auch die diesmaligen Verhandlungen am 2. und 3. Oktober, die wieder im Rahmen eines vom Reichsarbeitsminister angeordneten Einigungs- und Schlichtungsverfahrens unter dem Vorsitz der Herren Ministerialrat Wulff und Oberregierungsrat Dr. Caesar stattfanden, mußten im Wege eines Schiedsspruches erledigt werden. In der allgemeinen Aussprache betonte Kollege Streine, daß die Teuerungswelle unaufhaltbar aufwärtstreibe und er verzichtete könne, auf Einzelheiten einzugehen. Besonders machte er auf die seit 1. Oktober neu eingetretenen Preis-erhöhungen für Miete, Heizung, Fahrgebel und die weiter zu erwartende Erhöhung der Brotpreise aufmerksam. Demgegenüber habe der letzte Schiedsspruch bei unsern Kollegen auf der ganzen Linie die größte Unzufriedenheit ausgelöst, weil er nicht den wirklichen Verhältnissen Rechnung trug. Die großen Spannungen, die schon vorher im Vergleich mit andern Gewerben und in der Industrie bestanden, seien nicht beseitigt worden, weil fast allgemein jetzt nur noch eine vierzehntägige Lohnbefristung gelte und wir mit der vierwöchigen Lohnfestsetzung immer mehr in den Hintergrund kommen. Eine Teillohnzahlung könne unsererseits nicht mehr angenommen werden, die neuen Löhne müßten sofort voll bezahlt werden. Auch dem Verlangen unserer Kollegenschaft, daß ihnen die Möglichkeit zu örtlichen oder Bezirksverhandlungen nicht unterbunden werden dürfe, müsse man entsprechen. Unsere Mitglieder verkennen durchaus nicht die Schwierigkeit, in der sich heute noch das Malergewerbe befindet; aber es könne nicht mehr so weitergehen, daß gerade unsere Berufskollegen in ihrer Lebenshaltung besonders heruntergedrückt bleiben sollen. Bevor über die Lohnfestsetzung selbst verhandelt werden könne, müsse jetzt über diese Forderungen unsererseits, die auch bereits dem Vorsitzenden des Reichsverbandes übermittelt worden seien, Klarheit geschaffen werden.

Herr Kruse erwiderte, daß auch bei den Arbeitgebern Unzufriedenheit herrsche. Welchen Zweck hätten noch die Abmachungen, wenn trotzdem wieder örtlich Lohnforderungen gestellt würden und sogar Streiks ausbrächen. Er wies auf die Vorgänge in Cassel und den Streik in Erfurt hin. Das löse nur Erbitterung auf der Gegenseite aus und untergrabe den Gedanken des Tarifverhältnisses. Wenn die Gehilfenschaft glaube, durch örtliche oder bezirkliche Verhandlungen besser wegzukommen, so täusche sie sich; möge auch in einigen Lohngebieten ein höherer Lohn als der zentral geregelte festgesetzt werden, aber auch die vielen, vor allem kleineren Orte mit hochzubringen, werde dann nicht mehr der Fall sein. Das möge die Gehilfenschaft sich wohl überlegen, besonders, wo jetzt mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit gerechnet werden müsse. Rückwirkend die vereinbarten Löhne zu zahlen, dazu

könnten die Arbeitgeber sich nicht bereit erklären, hierfür sei das Gewerbe nicht leistungsfähig. Eine Anzahl von Behörden, so die Eisenbahnverwaltung, lehne es ab, höhere Lohnnachzahlungen zu bewilligen. Für September sei eine fünfzigprozentige Lohnerhöhung eingetreten, er bestreite, daß die Teuerung über diesen Satz hinausgegangen sei. Ebenso bedauere er die scharfe Schreibweise, wie sie im letzten „Vereins-Anzeiger“ geschehen; zur Aufrechterhaltung des Tarifgebäudes wie auch zu einer gedeihlichen Verhandlung trage diese Stellungnahme nicht bei.

In seiner Entgegnung stellte Kollege Streine fest, daß die Arbeitgeber nicht willens sind, eine vernünftige Lohnpolitik zu betreiben. Die Tatsachen beweisen aber, daß in verschiedenen Orten dennoch durch beiderseitiges Uebereinkommen auch unsern Kollegen höhere Löhne als das Abkommen bewilligt wurden. Wenn es zu unliebamen Differenzen in einigen Städten gekommen sei, so sei dies der Beweis für die ungeheure Mißstimmung draußen. Die Behandlung, die unsere Kollegen in diesen Orten erfuhren, habe schließlich zu solchen explosiven Zuständen geführt. Wo unsere Kollegen in Arbeit stehen, haben sie das Recht, zu verlangen, daß sie mit den übrigen Bauarbeitern in der Entlohnung gleichstehen. Die Materialpreise seien ganz ungeheuerlich gestiegen, diese müßten doch auch von den Arbeitgebern gezahlt werden, dagegen wende sich niemand von ihnen. Der Artikel im „Vereins-Anzeiger“ habe nur gekennzeichnet, wie es in unsern Kollegenkreisen aussieht. Weiter komme darin zum Ausdruck, daß nicht die die Verhandlungen führenden Kollegen die Schuldigen in der Lohngestaltung sind, sondern die Arbeitgeber, die nicht zugeben wollen, daß für das Malergewerbe die gleichen Löhne zu zahlen sind wie im übrigen Baugewerbe. Das mußte einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden. Auf's schärfste wies er die Behauptung zurück, daß die Vereinbarungen auf Vorschlag getroffen seien. Als Ende August die ungeheure Teuerung einsetzte, haben unsere Kollegen nichts erhalten, erst später erfolgten dann 10% und vom 18. September an 40% Lohnerhöhung, die keinen hinreichenden Ausgleich darstelle. So könne es nicht weitergehen, daß unsere Kollegen wochenlang gegenüber andern Arbeitern auf derselben Arbeitsstelle mit ihren Löhnen zurückbleiben.

In der weiteren Aussprache betonten die Arbeitgeber, daß für sie ein vierzehntägiges Verhandeln schon der Kostenfrage wegen undiskutabel sei. Für sie sei der Wortlaut der Entscheidung maßgebend, davon könnten sie nicht abgehen. — Unsere Vertreter wiesen erneut auf die herrschende Stimmung bei ihren Mitgliefern hin; die örtlichen Verhältnisse müßten bei der Lohnfestsetzung berücksichtigt werden. Ebenso könnte sehr wohl in kleinerem Kreise alle 14 Tage eine Ueberprüfung der Löhne erfolgen. Es sei die höchste Zeit, aus einer Lohnpolitik herauszukommen, die solch wachsende Unzufriedenheit zeitige, wie es in den Reihen unserer Kollegen der Fall ist.

Die weiteren Verhandlungen wurden von dem Schlichtungsausschuß geführt. Nachdem die Unparteiischen unter sich beraten und auch die beiden Verbandsvorsitzenden zugezogen hatten, machten sie den Vorschlag, vom 2. Oktober an die Löhne durchschnittlich um 30 M bis 3. November zu erhöhen.

Die Arbeitgeber erklärten den Zuschlag von 30 M als viel zu hoch, sie würden für kleinere Orte 15 M, für größere Städte 25 M vom 7. Oktober an aufstellen. Gegen die Materialpreise wehrten sie sich mit allen Kräften. Sie seien dabei, diese Frage nach Möglichkeit zu lösen. Kleinstädte könnten in der Lohnfrage nicht mit den Großstädten gleichgestellt werden, das wäre für unser Gewerbe untragbar.

Unsere Vertreter bezeichneten die Erhöhung bis Ende des Monats als nicht genügend. Sie müsse mindestens 40 M betragen und sofort zur Auszahlung kommen. Die Arbeitgeber behaupteten bei jeder Lohnverhandlung, daß sie mit den Löhnen nicht höher gehen könnten, solle nicht das

ganze Gewerbe zusammenbrechen. Aber aus den geschilderten tatsächlichen Verhältnissen gehe hervor, daß es in Wirklichkeit ganz anders aussieht, viele Arbeitgeber sähen wohl ein, daß es ein unhaltbarer Zustand ist, wenn zwischen den Löhnen ihrer Arbeiter und denen anderer Gewerbe Spannungen bis 30 und 40 M die Stunde liegen. In einem zentralen Lohnabkommen lassen sich die örtlich so verschiedenartig gestalteten Verhältnisse, wie sie im Malergewerbe bestehen, nicht in zufriedenstellender Weise ausgleichen, da müßten örtliche Verhandlungen den Parteien mindestens nebenher freigestellt werden, sonst wäre nicht daran zu denken, Beruhigung in unsere Kollegenkreise zu bringen. Bei den unsicheren Arbeitsverhältnissen, unter denen unsere Kollegen als Saisonarbeiter stehen, ist es unsere Pflicht, für angemessene Löhne während der Arbeitsdauer einzutreten; sie müssen aber auch so schnell als möglich in den vollen Besitz der erhöhten Löhne kommen.

Am zweiten Verhandlungstage wurden die Beratungen wieder aufgenommen, nachdem auf der vorgeschlagenen Grundlage keine Einigung zu erzielen war. Als sich später die Arbeitgeber bereit fanden, die Stundenlöhne vom 6. Oktober an um etwa 35 M zu erhöhen, mit der Möglichkeit, bei einigen Lohngebieten nach unten, bei andern wieder darüber zu gehen, konnten unsere Bezirksleiter mit den Vertretern der Arbeitgeber in die Festsetzung der Löhne für sämtliche Lohngebiete eintreten.

Erst nachmittags waren diese Beratungen beendet. Für die Lohngebiete, wo keine Einigung erzielt worden war, entschieden dann die Unparteiischen.

Die Festsetzungen der neuen Löhne sind unsern Filialverwaltungen umgehend durch unsere Bezirksleiter mitgeteilt worden.

Die deutschen Gewerkschaften und der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Der Stinnes-Ludersac-Vertrag, die an ihn anknüpfenden Debatten und besonders die bewußt lügnerrischen Angriffe der Kommunisten gegen den ADGB, nötigen, die bisherigen Bemühungen und Kämpfe des ADGB, um die Durchführung des Wiederaufbaues und um die Organisationsformen der deutschen Sachlieferungen der Reihe nach aufzuführen. Die ersten Versuche der freien Gewerkschaften, durch Wiedergutmachung und tätige Hilfe beim Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Gebiete an der Völkerveröhnung zu arbeiten, beginnen bereits wenige Wochen nach dem Kriegsende. Sie sind trotz aller Mißerfolge immer und immer wieder aufgenommen worden. Die deutschen Gewerkschaften haben ausführliche Pläne aufgestellt für Aufräumungs-, Aufforstungs- und Bauarbeiten durch deutsche Arbeiter. Dabei sollte allerdings Bedingung sein, daß der deutsche Arbeiter als freier Arbeiter und nicht als Zwangsarbeiter die Arbeit auf sich nehme. Trotz wiederholter Reisen deutscher Gewerkschafter ins Aufbaugesbiet blieben diese Angebote bei der französischen Regierung ohne Erfolg. Ein späterer beschränkterer Plan, durch die deutschen Sozialen Baubetriebe 11 völlig zerstörte Dörfer im Gebiete Peronne-Chaulnes aufzubauen, blieb gleichfalls ohne Erfolg. Die französischen Unternehmer fürchteten in ihrer Arbeiterfeindschaft dieses Beispiel der praktischen Auswirkung der deutschen Arbeiterbewegung und wußten durch chauvinistische Verhökung zu erreichen, daß bei der öffentlichen Abstimmung nicht genügend Geschädigte für den von den Sozialen Baubetrieben geplanten Aufbau stimmten. Die deutschen Gewerkschaften sind also stets für eine entschlossene Förderung des Wiederaufbaues eingetreten, wie sie sich auch stets für die Durchführung deutscher Sachlieferungen eingesetzt haben, wobei sie aber stets bemerkt waren, dem Grundriß Geltung zu verschaffen: Der Wiederaufbau darf nicht zu einer maßlosen Bereicherung der mit der Lieferung Betrauten führen, es darf nicht dem Kriegs- und Nachkriegsgeldverderber der Reparationsgewinnler folgen.

Neben der auf Grund des Artikels 238 des Versailler Vertrages bestehenden Rücklieferungsverpflichtung für das im Kriege entführte Eisenbahn- und Industriematerial, Vieh usw. sah dieser Vertrag bereits für Kohle, Holz, Farbstoffe und bestimmte Chemikalien die deutsche Sachlieferungs-pflicht vor. Daneben laufen die bekannten ungeheuren, im vollen Ausmaß noch nicht einmal feststehenden Darlehen. Es war Walter Rathenau's Verdienst, daß er im sogenannten Wiesbadener Abkommen versuchte, durch Aner-

bieten von Sachleistungen eine Herabsetzung der deutschen Barzahlungen zu erreichen. Ein Abkommen mit Frankreich, das von der Industrie lebhaft kritisiert und bekämpft und von den Gewerkschaften anerkannt und gestützt wurde. Der Leitgedanke des Wiesbadener Abkommens war, zur Durchführung dieser Sachlieferungen große Selbstverwaltungskörper der liefernden Industrie in Deutschland und der empfangenden Geschädigten in Frankreich zu bilden. In Deutschland sollte der sogenannte Lieferverband die Zentralstelle sein, dessen Unterbau sachliche und regionale Lieferungsverbände bilden sollten. Aufgabe des Lieferungsverbandes sollte sein: Verteilung der anfallenden Aufträge unter Rücksicht auf den Stand des Arbeitsmarktes in den einzelnen Bezirken, Vermeidung übermäßiger Gewinne und Sicherung der sozialpolitischen Errungenschaften. Die Gewerkschaften haben bereits im August 1921 in Verhandlungen mit der Regierung die Eingliederung der Gewerkschaften in diese Organisationen verlangt, und zwar eine Eingliederung, die wirklich maßgebenden Einfluß auf die Erledigung der Sachlieferungen bot. Die Regierung anerkannte die von den Gewerkschaften geltend gemachten Gründe und stimmte dem Verlangen zu. Es folgten langwierige Verhandlungen, die sich bei der Abneigung der Industrie gegen eine unter Mitwirkung der Gewerkschaften kontrollierte Sachlieferung lange hinzögen, aber doch dazu führten, daß die Leitung des Lieferverbandes in allen Teilen zu je einem Drittel aus Vertretern der Unternehmerorganisationen, der Gewerkschaften und der Behörden gebildet werden sollte. Ihr sollte die Ueberwachung und Preisbildung der Sachlieferungen obliegen; sie sollte die Bildung eines unangemessen hohen Unternehmergewinns verhindern und die Durchführung der sozialpolitisch für die Arbeitnehmer notwendigen Bedingungen sichern.

Diese von den Gewerkschaften verlangte Form der Sachlieferung, die sich mit dem Staatsinteresse deckte und die an die Stelle des völlig freien Geschäftsverkehrs den gebundenen und kontrollierten setzte, war grundsätzlich bereits beschlossene Sache, als sich durch das Eingreifen a u ß e r d e u t s c h e r Einflüsse plötzlich Hemmnisse zeigten. Die im Wiesbadener Abkommen zugesicherte teilweise Ablösung der Barzahlungen durch Sachleistungen wurde in den übrigen Entente-Verträgen, vor allem in Belgien und Italien, gleichfalls den Wunsch nach Waren- und Werklieferungen. Die Reparationskommission drängte, verlangte jedoch, daß für diese Lieferungen von den organisatorischen Grundlagen des Wiesbadener Abkommens abzuweichen sei. Da angeblich die Kontrolle und Vermittlung der Aufträge durch die vorgelegene Organisation schwerfälliger und störender sei, wurde der völlig freie und unkontrollierte Verkehr zwischen Hersteller und dem deutschen Erzeuger verlangt. Das Reich, zu dessen Lasten die Bestellungen liefen, hatte nur den Erzeuger zu entschädigen, ohne in das Geschäft selbst oder in die Auftragsbearbeitung eingureden. Von diesem Plan, über den als Vertreter der Reparationskommission der Belgier Semelmanns verhandelte, erhielten die Gewerkschaften Kenntnis. Sie haben sofort lebhaftest diese Umänderung des Wiesbadener Abkommens bekämpft und alles gegen ihn mobil gemacht. Eine in jenen Tagen stattfindende internationale Gewerkschaftskonferenz gab Gelegenheit, den ausländischen Genossen die drohende Gefahr vor Augen zu führen. Es fanden Verhandlungen mit allen in Frage kommenden Regierungsgliedern statt, um von der Regierung das Beharren an dem im Wiesbadener Abkommen vorgesehenen Kontrollorgan zu erreichen. Die Regierung erklärte die Berechtigung dieser auch im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegenden Forderung an. Der Anspruch nach teilweiser Ablösung der Barzahlungen durch Sachleistungen wurde bei den Verhandlungen denn auch anerkannt, die von Semelmanns verlangte Form jedoch abgelehnt. Sofort wurden, wie bei den Verhandlungen der Entente immer üblich, die Daumenschrauben angezogen. Entgegen der Erfüllung des Verlangens oder vermehrte untragbare Belastungen und vermehrter Druck auf Deutschland. Dem Druck folgend, kam so das Semelmanns-Abkommen zustande, gegen die Bemühungen der Gewerkschaften und gegen die Interessen der Völker selbst. Die Daumenschrauben wurden so stark angezogen, daß ein Vertrag erzwingen, der die Verteilung, Anbringung und Durchführung der aus dem Wiederaufbau resultierenden Aufträge der völlig privaten Initiative der Industrie zuließ, die in ihrer Preisbildung und ihrem Profit durch keine staatliche Kontrolle begrenzt wurde.

So stand neben dem Wiesbadener Abkommen für Deutschland mit seinen vertraglich vereinbarten Durchführungsorganen, in die die Gewerkschaften eingereiht werden sollten, der Semelmanns-Vertrag, aufgebaut auf der grundlegenden freien Wirtschaft. Was vorauszusetzen war, war nicht ein. Die Rinde des Semelmanns-Vertrages war noch nicht trocken, als die französische Regierung verlangte, daß Semelmanns-Vertrag abgeändert werde, das heißt auch für Frankreich sollte auf die gebundene, kontrollierte Lieferung verzichtet und wieder einfache und rasche Barzahlungen das höher verzinsten Verfahren aufgehoben und durch das Semelmanns-Vertrages ersetzt werden. Unter dem nötigen Druck wurde dann auch der von Frankreich verlangte Grundgedanke im sogenannten Gilet-Vertrag anerkannt. Die deutsche Industrie war bestürzt, denn sie wollte den „freien“ Vertrag. Sie hatte den Anspruch der Gewerkschaften nach Mitwirkung in den Lieferverbänden bekämpft und war froh, durch den Semelmanns- und Gilet-Vertrag nur die Kontrolle ihrer Preisbildung und ihrer Gewinne herumgelassen zu sein. Die Gewerkschaften waren im Kampfe um die Kontrolle der Reparationsgewinne unterlegen. Nicht weil die deutsche Regierung ihrer Forderung widersprach, sondern weil die Entente sich die ihr genehme Form erzwingen konnte. Die Gewerkschaften hatten alles getan, um die ursprünglich vereinbarten Ueberwachungsorgane des Wiesbadener Abkommens zu sichern und durchzusetzen, die statt der Entente war aber größer.

Durch den Semelmanns- und den Gilet-Vertrag wurde die Grundlage des „freien“ Verkehrs geschaffen. Der Stinnes-Luberjac-Vertrag ist seine Auswirkung. Um was handelt es sich? Die Geschädigten (Sachlieferer) der oberirdischen Kriegszone, die heute noch nicht zu zahlen können, weil ihre Häuser und Dörfer noch immer des Wiederaufbaues harren, sind in verschiedenen

Korporationen oder Verbänden zusammengeschlossen. Der größte dieser Verbände, der angeblich rund 75% der Geschädigten umfaßt, steht unter der Leitung des französischen Senalors Marquis de Luberjac, der selber Geschädigter ist. Luberjac hat nunmehr auf Grund des Gilet-Vertrages für die Mitglieder seines Verbandes die Lieferung der für den Wiederaufbau nötigen Materialien vertraglich mit Stinnes vereinbart. Bei dem großen Umfang der Zerstörung und dem Rechtsanspruch der von Luberjac vertretenen Geschädigten ist, wenn alle anfallenden Lieferungen durch den Stinnes-Konzern getätigt würden, was allerdings den unwahrscheinlichen völligen Lieferungsaußschluß der französischen Industrie bedeuten würde, mit einem Gesamtobjekt von rund 1500 Milliarden Papiermark zu rechnen. Die von Stinnes geführte „Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau“ gilt als Generalübernehmerin. Sie behält sich das Recht vor, Teile der Lieferung an andere Firmen abzutreten, wie auch bereits mit anderen Firmen getätigte Verträge fortlaufen unter Kontrolle der „Hoch und Tief“. Die für die Durchführung der Lieferungen nötigen Kohlenmengen werden unter besonderen Voraussetzungen von der nach dem Friedensvertrag an Frankreich zu liefernden Kohlenmenge abgesetzt, so daß ein vermehrter Verbrauch der Deutschland zuleistenden Kohle durch diese Arbeiten nicht stattfindet. Die Verteilung der Kohle auf die zur Lieferung der Materialien herangezogenen Werke ist Sache der Firma Stinnes in Verbindung mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen Syndikat. Als Lieferpreis der Aufbaumaterialien gilt der französische Tagespreis zuzüglich 6% für Unkosten, Verwaltung und Verdienst der „Hoch- und Tief“. In dieser Höhe sind die Lieferungen von der deutschen Regierung zu zahlen und werden auch in dieser Höhe auf das Reparationskonto verrechnet.

Das Ganze stellt sich also als reines Privatgeschäft auf Grund des ratifizierten Gilet-Abkommens dar. Zunächst fragt sich nur, ob der Stinnes-Vertrag wirklich im Einklang mit jenem Vertrag ist. Bei dem Umfang des Luberjac-Verbandes umfaßt er den größten Teil der für die Herstellungszone zu liefernden Materialien. Das Unterabkommen zwischen dem deutschen Wiederaufbauministerium und dem französischen Ministerium für die besetzten Gebiete vom 28. Mai 1922 jagt unter Ziffer 4 ausdrücklich: „Die deutsche und französische Regierung sind dahin einig, daß es mit dem Geiste der Vereinbarung unvereinbar sein würde, wenn ein übermäßiger Teil der Bestellungen auf gewisse Firmen oder gewisse Landesteile entfallen würde.“ Verlangt jenes Abkommen auch weiter, daß die Verteilung der Bestellungen ausschließlich dem freien Verkehr überlassen wird und die Regierung sich jeder Maßnahme enthalte, die die Freiheit dieses Verkehrs beeinträchtigen könnte“, so steht dem Stinnes-Vertrag bei der Größe des Vertragsobjektes doch die obige Verabbarung entgegen. Sie ist nicht als etwas Nebenständliches gedacht, sondern vertraglich festgelegt, um den Staat gegen die Ausbeutung durch ein übermächtiges Syndikat beim freien Verkehr zu schützen und um mindestens eine kleine Gewähr zu bieten, daß auch im freien Verkehr die sozialpolitischen Notwendigkeiten, Rücksichten auf den Arbeitsmarkt und dergleichen berücksichtigt werden können. Der Stinnes-Vertrag geht mit Rücksicht auf seinen Umfang über den im Vertrag festgehaltenen Begriff eines „freien“ privaten Geschäftes hinaus. Abgesehen von seinen sonstigen Festlegungen verlangt er daher die Unterstellung unter eine Kontroll- und Aufsichtsinstitution, die im allgemeinen Staatsinteresse ausgeübt werden muß.

Soll unser Verband die berufliche Ausbildung der Lehrlinge fördern?

Wir haben bis jetzt den Grundgedanken vertreten, daß wir uns als Organisation, die das wirtschaftliche Interesse der Mitglieder, also auch der Lehrlinge, zu vertreten hat, auch ihrer beruflichen Weiterbildung annehmen müssen. Dabei sind wir von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß auch wir, aus den verschiedenen Gründen heraus, an der Heranbildung eines sachlich tüchtigen Nachwuchses interessiert sind. Das ist auch in der auf der Generalversammlung in Frankfurt a. M. angenommenen Resolution gesagt, in der es in bezug auf diese Materie heißt: „Weitestgehende Ausbildungsmöglichkeit durch Einrichtung von Unterrichtskursen durch die Organisation“ und „Aufklärung in allen fachgewerblichen Fragen.“ Einpruch dagegen ist nicht erhoben worden, so daß anzunehmen ist, daß die dort anwesend gewesenen Vertreter unseres Gewerbes diesen Standpunkt teilten. Von einigen Kollegen wird nun in den Versammlungen die Ansicht vertreten, daß die Stellungnahme nicht richtig ist und daß wir uns neben dem Kampf um Erhöhung der Löhne darauf beschränken sollen, das Klassenbewußtsein der Jugendlichen zu heben. Dabei gehen sie von dem Gesichtspunkte aus, daß wir zurzeit noch viel zu viel Berufsunkel haben und bestrebt sein müssen, diesen aus der Arbeiterkaste herauszubringen, um zu einer wirklichen Klassenverbundenheit zu kommen. Die Ausbildung betrachtet sie als Sache des Arbeitgebers und eventuell des Staates.

Wie steht es nun damit? Sind wir wirklich auf dem falschen Wege? Wir alle wissen, daß die heutige Lehre oft nicht das ist, was sie sein soll, und daß ein großer Teil der Lehrlinge leider nur eine außerordentlich geringe Summe von Wissen und Können in ihrem Handwerk in der Lehrzeit vermittelt bekommen. Das hat verschiedene Ursachen, auf die wir aber in diesem Zusammenhange nicht eingehen wollen. Darin liegt eine außerordentlich große Gefahr auch für unsern Verband. Steht man unser Prinzip, für einen guten Lohn auch eine gute Arbeit, an dem wir auch heute noch festhalten. Zieht aber der eben Angelegene, daß er nicht insande ist, die billigerweise an einem Gehilfen zu stellenden Anforderungen zu erfüllen, wird er gar zu leicht geneigt sein, unter dem Zerdruck zu arbeiten und zum Lohnrüder zu werden.

Aber, hält man uns nun entgegen, warum sollen wir den Arbeitgebern eine Last abnehmen, zu der sie gesetzlich verpflichtet sind? Das scheint ein triftiger Einwand zu sein, ist es aber doch nicht. Es geht uns nämlich in dieser Frage, wie es uns mit so vielen andern Dingen auch geht. Kein theoretisch gewonnen, haben sie zwar recht, aber betrachtet man die Sache von der praktischen Seite, zeigt man, daß der

von ihnen vorgeschlagene Weg nicht oder doch nur sehr schwer gangbar ist. Wir wollen uns keiner Täuschung hingeben, ein Teil der Arbeitgeber wird auch in der Zukunft allein den Lehrling nicht so ausbilden, wie es notwendig wäre. Aber auch auf ausreichende staatliche und kommunale Hilfe ist bei der zurzeit herrschenden Geldknappheit und den fürchterlichen finanziellen Schwierigkeiten nicht viel zu hoffen. Mit der schönsten Forderung auf Sammelbetriebe für das Handwerk, auf die wir natürlich nicht verzichten brauchen, ist dem jetzt Lernenden wenig geholfen. Wollen wir auch ihm helfen und wirklich praktische Arbeit leisten, müssen die Fiskusler ernstlich mit dem Fragen der beruflichen Weiterbildung unseres Lehrlinge befaßt sein. Das soll uns natürlich nicht hindern, immer wieder an Staat und Kommunen heranzutreten und ihnen zu sagen, daß auch sie an einer guten Berufsausbildung aller das Handwerk Lernenden interessiert sind, und auch das Gewissen und das Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeitgeber wird man immer wieder schärfen müssen.

Wir sollten aber auch noch aus einem andern Grunde bestrebt sein, die Lehrlinge, unsern Nachwuchs, zu tüchtigen Fachgewerblern zu erziehen. Wir alle streben die Sozialisierung an und wünschen, daß die Arbeiter im Betriebe möglichst viel mitzureden haben. Der Anfang eines Mitbestimmungsrechts ist ihnen durch das Betriebsrätegesetz schon gegeben. Wie aber sollen sie mitreden und in einem Betriebe die Verantwortung mit übernehmen, wenn sie nichts von den Dingen verstehen? Hier handelt es sich weniger um hohe politische Fragen als um solche des praktischen Lebens und Berufes. Wir wünschen aber auch, daß in der kommenden Gesellschaft mehr und Besseres geleistet wird als jetzt. Das aber ist doch wiederum nur möglich bei ausreichender Ausbildung des Arbeiters, wenn auch nicht bestritten werden soll, daß dabei auch noch eine Reihe anderer Momente mit in Frage kommt. Wo gerade wer die Sozialisierung will, muß für eine gute Berufsausbildung unseres Nachwuchses Sorge tragen. Aus alledem soll man natürlich nicht den Schluß ziehen, daß wir der Meinung sind, daß eine einseitige, nur fachliche Ausbildung des Lehrlings genügt. Das liegt uns ganz fern. Auch wir wollen alles tun, um ihn zu wahrer Solidarität mit seinen Kollegen zu erziehen, was am besten geschieht, indem man seinen Geschäftskreis erweitert, womit der Berufshorizont sich ganz von selbst erweitert. Dieser findet sich nämlich immer nur bei denen, die nicht gelernt haben, über die Grenzen ihres Berufes hinauszugehen und die Zusammenhänge im wirtschaftlichen und politischen Leben zu erkennen. Wir weisen aber nochmals darauf hin, daß der Beruf als solcher auch in den kommenden Jahrzehnten eine Rolle im Leben des einzelnen spielen wird; denn in ihm bringen die Menschen den größten Teil des Lebens zu. Es ist deshalb selbstverständlich, daß ein erheblicher Teil der Gedanken des in einem bestimmten Beruf Beschäftigten ihm und der ihm inwohnenden Problemen gewidmet ist. Man mag das nun für gut oder für schlecht halten, an dieser Tatsache wird einfach niemand vorbeikommen.

Wie ernst es uns mit der sachlichen Ausbildung unserer Lehrlinge ist, ergibt man daraus, daß wir trotz der ganz erheblichen Kosten, die wir dafür aufwenden müssen, unsere Lehrlinge nach wie vor die Wahlpflichtigen unterrichten lassen. Wir wissen auch, daß diese Maßnahme bei dem größten Teil der Lehrlinge außerordentliches Verständnis findet, und daß sie sie sehr wohl zu würdigen wissen.

Sehr viel zur Werdung des Interesses und zur Förderung der Berufsausbildung kann zweifellos von den Kollegen in der Werkstatt geschehen. In allen mittleren und großen Betrieben wird sich der Meister kaum allgütig um die Ausbildung der Lehrlinge kümmern können. So ist der Meister heute oft viel mehr in der Lage, auf den Jungen einzurücken als der Lehrherr selbst. Kollegen, nutzt diesen Umstand aus, macht aus dem Lehrling einen tüchtigen Fachgewerblern, sorgt aber auch dafür, daß der Lehrling Interesse auch an außerhalb seines Berufes liegenden Dingen hat. Behandeln wir ihn so, wie wir wünschen, in unserer Lehre behandelt werden zu sein, und sehen wir in ihm den kommenden Kollegen, dann wird nicht nur das Verhältnis zwischen Jung und Alt ein gutes sein, sondern wir werden auch einen Nachwuchs haben, der den an ihn gestellten Anforderungen gerecht zu werden vermag und sich bei Notwendigkeit solidarischen Verhaltens bewußt ist.

Die Frage, ob unser Verband die berufliche Ausbildung der Lehrlinge fördern soll, ist also dahin zu beantworten, daß das zu geschehen hat, daß man aber über die Frage der Ausbildung zu tüchtigen Gehilfen und Fachgewerblern nicht die Förderung der Allgemeinbildung vergessen darf. Nicht nur fachliche oder nur allgemeine Bildung, sondern beides zusammen wird uns erst die Menschen bringen, die wir brauchen, und die uns in unserer Gruppe unterstützen und vorwärts helfen können.

Das Existenzminimum im September.

Von Dr. R. Kuczynski

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im September im annähernd zwei Drittel höher als im August, annähernd 5mal so hoch wie im Juli, etwa 4mal so hoch wie im Juni und reichlich 13mal so hoch wie im September 1921.

Nationiertes Brot kostete 5mal soviel wie vor einem Jahre, Kartoffeln 6mal soviel, Milch 10mal soviel, Graupen 11mal soviel, Brot im freien Handel, Reis, Bohnen 12mal soviel, Speck, Britzets 13mal soviel, Erbsen, Margarine 14mal soviel, Zucker, Salzheringe, Gas 17mal soviel. (Wesentlich schmäler als für diese Lebensmittel war die Steigerung für Mehl, wesentlich stärker für Bekleidung.)

Nationiertes Brot kostete 75mal soviel als vor neun Jahren, Kartoffeln 160mal soviel, Milch 163mal soviel, Salzheringe 169mal soviel, Gas 175mal soviel, Britzets 214mal soviel, Graupen 218mal soviel, Bohnen 223mal soviel, Brot im freien Handel 233mal soviel, Margarine 243mal soviel, Reis 253mal soviel, Erbsen 271mal soviel, Speck 280mal soviel, Zucker 287mal soviel.

Beziffert man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien, und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der tatsächliche Mindestbedarf für ein

Sind von 6 bis 10 Jahren auf 238 M., für eine Frau auf 516 M., für einen Mann auf 742 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im September 1918 für ein Kind 151 M., für eine Frau 307 M., für einen Mann 397 M. ...)

Table with 3 columns: Item, Sept. 1922, Sept. 1921. Lists prices for various goods like bread, flour, sugar, etc.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Rentner ...

Table comparing prices for a man, a couple, and a family with 3 children in different years (1918, 1921, 1922).

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im September 1922 für einen alleinlebenden Mann 386 M. ...

Im letzten Vorjahrsjahr bis zum September 1922 ist das notwendige Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 18,75 auf 2319 M. ...

Lohnbewegungen.

Lohnverhandlungen für Rheinland und Westfalen. Recht schwer gestaketen sich diesmal die Lohnverhandlungen im 4. Bezirk. Das am 4. September vereinbarte Lohnabkommen sah für den 19. September auf Antrag der Parteien neue Verhandlungen vor. ...

Die Verhandlungen vor dem Staatskommissar fanden am 28. September in Dortmund statt. Auch hier gab es keine Entscheidung. Nach eingehender Begründung unserer Forderung und erfolgter Gegenwehr der Arbeitgeber trat das Schiedsgericht zur Beratung zurück. ...

lehnt worden. Nach längerer heftiger Auseinandersetzung einigte man sich, am Montag, 2. Oktober, nochmals eine Verständigung zu versuchen.

In der am Montag, 2. Oktober, in Essen stattgefundenen Verhandlung kam es nach langen Verhandlungen zu einer Einigung. Mit Wirkung vom 29. September bis einschließlich 19. Oktober tritt eine Zulage von 25 M pro Stunde ein. ...

Baugewerbliches.

Die Materialvertenerung im Kleinwohnungsbaue. Für eine Wohnung von 70 qm Wohnfläche stellen sich nach den Erhebungen der „Sozialen Bauwirtschaft“ (Organ des Verbandes Sozialer Baubetriebe, Berlin W 50, Augsburger Straße 61) die Baustoffpreise in Deutschland Anfang September dieses Jahres wie folgt:

Table of building materials prices: Mauersteine, Zement, Stückenfall, Gips, etc. with prices for July 1914 and Sept. 1922.

Die Preise der hauptsächlichsten Baustoffe für eine Wohnung sind also von 1584,50 M am 1. Juli 1914 auf 429 607 M am 1. September 1922 gestiegen. ...

Bewerkschaftliches.

Zum Kohlen- und Baustoffwucher hat der Bundesausschuss des ADGB am 30. September folgende Entschlüsse angenommen:

1. Entschließung, betreffend Ueberfällen im Bergbau: Der Bundesausschuss stimmt dem Ueberfällenabkommen im Kohlenbergbau zu und spricht den Bergarbeitern Anerkennung und Dank aus für das Opfer, das sie mit ihrer Mehrleistung dem deutschen Volke und damit auch der gesamten Arbeiterchaft darbringen. ...

Der Bundesausschuss erklärt, daß durch die Ueberfällen der gesetzliche Siebenstundentag keinesfalls in Gefahr gebracht werden darf. Die Ueberarbeit darf nur so lange fortbauern, als die allgemeine volkswirtschaftliche Notlage dieses erfordert. ...

Der Bundesausschuss hätte gewünscht, daß das Ueberfällenabkommen herührt wäre zu einer Aenderung der zeitlichen Art der Kohlenverteilung. ...

Der Bundesvorstand ist daher beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Bergarbeiterverband und den andern beteiligten Verbänden seine Bemühungen, daß die in den Ueberfällen erzeugten Kohlenmengen für eine verbilligte Herstellung von Baustoffen des inländischen Wohnungsbaues verwendet werden, mit allem Nachdruck fortzusetzen. ...

2. Entschließung zur Lage im Baugewerbe: Die ungeheure Preissteigerung auf dem Baustoffmarkt hat verhängnisvolle Folgen gezeitigt, daß eine völlige Stilllegung der Bauwirtschaft befürchtet werden muß. ...

zu werden und jede geeignete Maßnahme zu ergreifen, um den Baustoffwucher zu beseitigen und die Fortführung der Bauwirtschaft zu gewährleisten.

Der erste Verbandstag des Transportarbeiterverbandes tagte vom 8. bis 9. September in Berlin. Mit der Tagung war auch zugleich die Feier des fünfundsiebzigjährigen Bestehens des Verbandes verbunden. ...

Sozialpolitisches.

Die Lohnbestimmung nach Verkaufspreisen. In manchen Ländern, wo infolge der Wirtschaftskrise die Preise zurückgingen, in England, Südafrika, aber auch in den Vereinigten Staaten, versuchen die Unternehmer, die Löhne entsprechend den Marktpreisen zu bestimmen. ...

Der Stand unserer Arbeitsleistungen. Es ist ganz klar, daß bei der gegenwärtigen Lage der deutschen Wirtschaft die größtmögliche Steigerung der Arbeitsleistungen ein Grundproblem jeder Produktionspolitik überhaupt ist. ...

Probleme und Gefahren der gegenwärtigen Preispolitik. Die ungeheure Inflationskatastrophe der letzten Woche und die Preisrevolution, die sie zur Folge hatte, hat prinzipielle Fragen der Preis- und Lohnpolitik aufgeworfen. ...

der Wiederbeschaffungspreis, eine entscheidende Rolle zu spielen, das heißt, man verlangt vom Käufer nicht den Selbstkostenpreis, eventuell zusätzlich eines gewissen Entwertungsfaktors, sondern direkt denjenigen Preis, den man voraussichtlich aufwenden muß, um daselbe Quantum Ware wiederzukaufen. Den Ausgangspunkt dieser neuen, sehr gefährlichen Kalkulation bildet nicht der Handel, der schon mit Mühe sich auf die letzten Konjunkturdaten hier vorichtig vorgehen muß, sondern die Industrie. Sie kennt nur noch freibleibende Preise, die dem Abnehmer keinerlei feste Kalkulation mehr ermöglichen; die Preise sind gleitend, das heißt, sie berechnen sich nach dem Tage der Lieferung, und zwar nach der Kaufkraft der Markt, gemessen am Stande des Dollars. Zumeist werden schon bei Abnahme der Lieferung 50% Zahlung verlangt, und zwar entweder direkt in ausländischer Währung oder auf Grund von Goldmarkberechnung, gemessen am Stande der Devisen. Alle diese Preismethoden mögen eine gewisse Berechtigung in sich haben, soweit es sich um ausländische Rohstoffe dreht, die mit Devisen bezahlt werden müssen. Dagegen sind sie völlig unberechtigt für alle diejenigen Faktoren der Produktion — und sie stellt bei diesen Industrien einen recht großen Prozentsatz des Gesamtprodukts dar — die, wie inländische Rohstoffe, Löhne, Transportkosten und Mieten, keineswegs die völlige Wertaufwertung der Markt mitmachen. Es kann nicht früh genug darauf hingewiesen werden, daß die oben beschriebene Art der Preispolitik zu einer furchtbaren Verschärfung der Wirtschaftskrisis führen muß. Sie bedeutet ungerechtfertigtes Gedrängen der Preise und damit natürlich gewalttätige weitere Entwertung der Markt, schwere Geld- und Kreditknappheit, weitere Senkung der Kaufkraft und damit schließlich Verengung des Absatzmarktes, Produktionsbeschränkung und Arbeitslosigkeit. Zu welcher unheimlichen Verhältnisse das führen kann, geht aus gewissen Nachrichten der letzten Zeit hervor, wonach bei einigen Industrien bei dem Rückgang des Dollarkurses die Inlandspreise fast an die Weltmarktpreise heranrückten, ja über sie hinausgeschritten sind, so daß gewisse Syndikate unter diesen Umständen nach dem Ausland billiger verkaufen als nach dem Inland. Mit anderen Worten: Das Inland muß höhere Preise zahlen als das Ausland, der inländische Konsum wird zugunsten des Exports beschnitten. Eine Fortsetzung und Ausdehnung dieser Preispolitik kann die schlimmste Katastrophe für die deutsche Wirtschaft heraufzuführen. Schon haben auch im Hinblick auf diese industrielle Preispolitik Arbeitnehmerverbände die Forderung nach Goldmarktlöhnen gestellt. Soweit damit eine stärkere Ausgleichung der Einkommen an die enorm verkleinerten Kosten der Lebenshaltung gemeint ist, wird man die Forderung verstehen und vertreten können. Soweit aber die Forderung etwa eine Verzählung genau entsprechend der Kaufkraft des Friedenseinkommens bedeutet, ist sie in sich widersprüchlich und undurchführbar, vor allem aber würde sie ohne weiteres durch die dadurch auf neue erzwungene Preisrevolution unmittelbar alle nicht direkt am Produktionsprozeß beteiligten Schichten der bürgerlichen Bevölkerung preisgeben.

Bewerbe und soziale Hygiene.

Zur Frage der Verwendung von Bleiweiß erklärte kürzlich der Minister für öffentliche Arbeiten in Dänemark, daß hier diese Frage viel schwieriger zu lösen sei als in Ländern mit einem mäßigeren Klima. Infolge der heißen Sonnenstrahlen verwittert die Farbe sehr rasch und werde daher leicht zu einer Gefahr für jeden, der mit ihr in Berührung komme, besonders für Kinder. In den Tropenländern könne man an allen Säulen, soweit sie noch Farbe tragen, durch Herabstreichen mit der Hand leicht den Bleiweißgehalt abwischen. Zugleich aber müsse anerkannt werden, daß es jetzt ohne Bleiweiß vertretbare Farben durchaus zufriedenstellende Ergebnisse zeitigen, wie er dies erst kürzlich bei dem Antritt einer Säule feststellen konnte, ohne daß die Kosten höhere seien als bei der Verwendung von Bleiweißfarben. Es soll daher demnächst dem Parlament ein Gesetz zugehen, nach dem es verboten wäre, Farben mit mehr als 5% Bleiweißgehalt bei dem Anstrich von Mauern und Wänden bis zur Höhe von 5 Fuß oberhalb der Erde beziehungsweise des Fußbodens bei Wohnhäusern zu verwenden.

Dom Ausland.

Österreich. In Wien sind die Arbeiter und Arbeiterinnen ausgedehnt. Der Kampf ist von den Unternehmern planmäßig seit dem Frühjahr eingeleitet und wohlbedacht in eine Zeit verlegt worden, wo sie glauben, daß die Arbeiter, die langen Kampfes müde, von geringem Verdienste gezeichnet und leidenschaftlich das Opfer unbedingter Ausbeutung werden. Während der ganzen Vertragsverhandlungen behaupteten sie, daß es ihnen gar nicht darum zu tun sei, die Löhne der Arbeiter herabzusetzen, sondern im Gegenteil, sie seien es, daß von den Löhnen nur das Allernotwendigste befreit werden könne. Der ausgebrochene Kampf aber beweist gerade das Gegenteil. Nicht um den Urlaub war es ihnen zu tun, sondern einzig und allein der planmäßig seit langer Zeit geführte Kampf gegen die Arbeiter ist es, der nun in der Ausdehnung offen zum Ausdruck kommt. Sind doch gerade zum großen Teil Arbeiter ausgebeutet, die durch Jahre, ja Jahrzehnte in den Betrieben gearbeitet haben, die zu dem Besten ihrer Unternehmung wesentlich beigetragen haben. Arbeiter, denen sicher nicht nachgelassen werden kann, daß sie irgendwelche schädigende Absichten gegen ihren Arbeitgeber hegen, werden ohne Rücksicht auf die Sache gefeuert. Sogar jetzt ist schon die Gerüchte, daß es im Oktober keinen Löhne mehr geben werde, so schlimm wie heute, daß schon Anfang September der Kampf den letzten der Unternehmern eingestellt wurde. Komme jetzt Ausbeutung nach eingeleitet gewaltiger Forderung aller Bedarfsartikel, Einzug der Verhandlungen zwischenschiedsrichterliche Schlichtung gegen die Betriebsräte und Vertrauensmänner waren

die Einleitung zu der am 14. September proklamierten „allgemeinen“ Ausbeutung. Von circa 2000 Meistern haben jedoch nur 47 ausgesperrt. Von 1800 Beschäftigten wurden rund 700 auf Pfahler geworfen. Das war aber auch alles, was die Schachtmacher konnten. Ihr brutales Vorgehen hatte zur Folge, daß die gesamte Bauarbeiterchaft von Wien sich mit dem im Umwehrkampf befindlichen Malern und Anstreichern solidarisch erklärte und sie moralisch und finanziell unterstützte. Die noch arbeitenden Kollegen unterstützten die Ausgesperrten durch separate Beiträge, die bis 10% des Wochenlohnes betragen, so daß die Vorbereitungen für die Durchführung des Kampfes bis zum vollen Erfolg gesichert sind.

Verschiedenes.

Was ist eine Kalorie? Die Zeitung zwingt unsere Hausfrauen alle Tage von neuem zu der schwierigen Frage: Wie kann ich für mein Geld ein möglichst nahrhaftes Mittagessen bereiten? Denn die Nahrhaftigkeit und der Geldwert der einzelnen Nahrungsmittel entsprechen sich nur bis zu einem gewissen Grade. So ist den Frauen längst bekannt, daß man zum Beispiel bei Blutwurst, Käse oder Reis um den gleichen Preis eine größere Zahl von Nährwerteinheiten erhält, als wenn man Zunge oder Spargel kaufen würde. Was ist nun die Nährwerteinheit, nach der eine Abschätzung der einzelnen Nahrungsmittel möglich ist? Man ist seit langem gewohnt, den menschlichen Stoffwechsel unter dem Bilde der Verbrennung zu betrachten und bezeichnet darum die Nährwerteinheit als eine Wärmequelle von bestimmter Größe, die imstande ist, 1 kg Wasser um einen Grad zu erwärmen. Der lateinische Name für diese Einheit heißt Kalorie. Rufen wir die „Kalorie“ in Bewegung statt in Wärme aus, so müssen wir sagen: 1 Kalorie ist gleich 425 mkg, kann also 425 kg 1 m hochheben. Der Kaloriengehalt der einzelnen Nährstoffe ist ein ganz verschiedener, verschieden schon bei den Grundformen unserer Nahrung, Getreide, Kohlehydrate (Mehl, Zucker, Gemüse) und Fett. So bedeutet 1 g Eiweiß = 4,1 Kalorien, 1 g Kohlehydrat = 4,1 Kalorien, 1 g Fett = 9,3 Kalorien. Schon diese wenigen Zahlen beweisen uns, daß im Fett die meisten Kräfte gespeichert sind und erklären uns somit den höheren Preis für fetthaltige Nährstoffe. Wie verhalten sich nun die einzelnen Nahrungsmittel, die die Hausfrau auf dem Markt kauft, zueinander bezüglich ihres Kaloriengehaltes? Hier muß vor allem auf 2 Punkte geachtet werden: Auf den Wassergehalt und auf die Verdaulichkeit. Hoher Wassergehalt eines Nahrungsmittels bedeutet eine Verminderung des Nährwertes. Andererseits können nur jene Kalorien in Anrechnung gebracht werden, die der menschliche Körper wirklich aus dem Nahrungsmittel erschließen kann. Was unverbaut abgeht, hat keinen Nährwert. Dieser Unterschied bricht sich deutlich in folgenden Zahlen aus: Es liefern je 100 g Schwarzbrot 220 Kalorien, Erbsen 310, Mehl 380, Reis 350 und Kartoffeln 90 Kalorien. Wie schon oben angedeutet, ist der Kaloriengehalt nicht der einzige Preisbildner; es kommen noch viele andere Dinge, wie Bekömmlichkeit, Geschmack, gehäuftes Angebot, mit in Frage. Andererseits kann nicht nach dem Kaloriengehalt allein der Ernährungsplan aufgestellt werden. Es muß ein bestimmtes Verhältnis zwischen Eiweiß, Fett und Kohlehydraten eingehalten werden; es dürfen Salze und Reizstoffe nicht fehlen. Endlich spielen auch gewisse Ergänzungstoffe (Vitamine) eine erst in den letzten Jahren näher erforschte Bedeutung im gesamten Ernährungsplan für Menschen und Tiere.

Fachliteratur.

Das Oktoberheft der „Deutschen Malerzeitung die Rappe“ enthält Tafel 28: Gottesmutter-Decke von Karl Souner; Tafel 29: Decke für eine Bauernstube von Ludwig Reiberger; Tafel 30: Damenfrisieralon von Otto Obermeier; Tafel 31: Borten von Emil Hot; Tafel 32: Scherenschnitt, Pierate von Hans Schaefer. — Von dieser Zeitschrift erscheinen jährlich 12 Monatshefte und 52 Wochennummern. Die „Deutsche Malerzeitung die Rappe“ kann durch jede Postanstalt oder durch den Verlag Georg D. W. Callwey in München bezogen werden.

Literarisches.

Otto Neurath: Gildensozialismus, Klassenkampf, Volksozialismus. Kaden & Comp., Dresden. Preis: Stationiert 88 M. 48 Seiten. Der Verfasser ist in politischen Kreisen bekannt geworden durch seinen Kampf für die Sozialisierung. Heute leitet er die Siedlungs-, Wohnungs- und Baugilde Leipzigs; ein großartiger Versuch, einen Wirtschaftszweig gildensozialistisch zu entwickeln. In diesem Buche wird das Gildenproblem im engsten Zusammenhang mit Klassenkampf, Partei und Gewerkschaft dargestellt, werden Formen und Möglichkeiten sozialistischer Wirtschaft erörtert und damit die Wege der Arbeiterchaft zur politischen und wirtschaftlichen Macht beleuchtet. Neurath ist ein origineller Geist, der in diesem Buche aus den Quellen eifrigen Studiums und praktischer Erfahrung schöpft. Die interessante Schrift, die der Verfasser dem jenseits in Wien abgehaltenen ersten internationalen Kongreß der Baugilde gewidmet hat, ist wichtig für alle, die im politischen Kampfe stehen.

„Der rote Aufbau“. Monatschrift der proletarischen Wirtschaftshilfe für Sowjetrußland. Verlag: Auslandskomitee der Internationalen Arbeiterhilfe, Berlin, Unter den Linden 11. Preis der Nummer 8 M.

Die Heinrich-Dies-Gesellschaft. Aus Anlaß des Todes von Heinrich Dies erschien die Schrift: Heinrich Dies, ein kultureller Bahnbrecher, die sich mit einer Würdigung seines Lebenswerkes befaßt und anschließend daran die Gründung der Heinrich-Dies-Gesellschaft aufruft. Es handelt sich bei der Heinrich-Dies-Gesellschaft um die Zusammenfassung aller geistig und körperlich Schaffenden, die erst um die Befestigung und Ver-

tieferung ihrer sozialistischen Weltanschauung ringen, zu einer großen Genossenschaft. Organisieren wir alle diese an sich arbeitenden Männer und Frauen zu einer fest zusammenhaltenden Gesellschaft, so schaffen wir damit zugleich ein starkes und breites wirtschaftliches Fundament für eine wissenschaftlich-sozialistische Weltanschauung. Bilden diese Tausende rühriger Sozialisten die Grundlage der Dies-Gesellschaft, so kann diese auf gewaltige Gruppen des deutschen Volkes ständig einwirken. Sie verfügt über eine organisierte Kundchaft und jedes Mitglied der Gesellschaft hat große, handgreifliche Vorteile von seiner Mitgliedschaft, gegenüber denen der jährliche Beitrag von 250 M. (vielleicht im Raten zu erhebende Beitrag) gar nicht ins Gewicht fällt. Alle Mitglieder dieser geistigen Genossenschaft erhalten nämlich alle Veröffentlichungen der „Dies-Gesellschaft“ zu einem wesentlich ermäßigten Preise. Das Kuratorium der Dies-Gesellschaft, das sich aus führenden Köpfen des Sozialismus zusammensetzen wird, ist gewiß überzeugt, daß alle Veröffentlichungen der Gesellschaft auf hohem geistigen Niveau stehen werden.

„Arbeit und Wohlfahrt“, Blätter der hamburgischen Behörden Wohlfahrtsamt und Arbeitsamt. Die monatlich erscheinende Zeitschrift, die zu allen die soziale Fürsorge betreffenden Fragen in aufklärender Weise Stellung nimmt, ist bei der Geschäftsstelle des Arbeitsamtes zum Jahresabonnement von 18 M. oder in Einzelnummern zu beziehen.

„Die Glocke“. Herausgegeben von Garbus. Wöchentlich erscheint ein Heft zum Preise von 15 M. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68.

Sterbetafel.

Berlin. Am 18. September starb der Kollege Albert Stellmacher, geboren am 7. August 1859 in Driesen, Braunschweig. Am 8. Oktober starb unser langjähriges und für die Organisation stets arbeitsfreudiges Mitglied Ernst Schumacher im Alter von 68 Jahren.

Kiel. Am 23. September starb an Bluthurz unser Kollege Robert Lampel im Alter von 44 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Gesucht sofort ein gelernter Wagenlackierer

W. L. Walter & Co. Dele, Lacke, Farben

Abend- und Sonntags-Kurse

Jeder Kollege bestelle sofort einen Probekorb

Schotts
Maler-Technikum Schwerin i. M. 5
Schülerarbeiten erhielten auf Ausstellungen des In- und Auslandes höchste Auszeichnung. Letztj. Schüler aus Deutschland, Holland, Schweiz, Dänemark, Schweden, Tschechien, Slowakei, Wintersemester 1921/22: 1. Okt. bis 31. März (Eintritt jederzeit). Meisterkurse, Sonderkurse. Vorbereitung z. Meisterprüfung und Akademie. Viele Vorzüge (auch für ausländische Schüler) künstlerischer und finanzieller Art. Nähere Auskunft und ausführlicher Lehrplan kostenlos durch die Direktion.

Arbeitslose oder eine selbständige Erlernung Suchende, die wöchentlich 800 bis 1000 M. verdienen wollen, lassen sich sofort meine schon von Tausenden Kameraden mit Erfolg benutzten Buchstaben-Bauten zur Anfertigung von Brillant-Glasplattmalereien sowie zur Herstellung von Platten- und Schildmalereien aller Art aufgeben. Mit Hilfe meiner Buchstabenbauten kann jeder sofort die saubersten Glasplattmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattmalereien, die etwas ganz Neues und Vorwahnendes sind. Ganze Serien Buchstabenbauten, bestehend aus 10 Doppelalphabeten, jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in 5 verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Größen von 1 1/2 bis 10 cm, sowie Zeichen, Bahnen und Verzierungen in 4 verschiedenen Größen nebst fertigen Brillantglas-Schild mit eigenem Namen des Bestellers im Werte von allein 50 M., einem Bogen Gold und einem Bogen Brillant-Aluminium nebst genauer Gebrauchsanweisung, Preis der kompletten Serie nur 176 M. gegen Nachnahme oder Einzahlung des Betrages von 180 M.
Albin Hutmacher, Maler, Gilden (Süd), Rheinfeld.

Malerschule Buxtehude
Größte und älteste Fachschule für Dekorationsmaler. Letzte Frequenz 288 Schüler, 24 Meisterprüfungen. Zahl. gold. Medaillen u. Ehrenpreise Silberne Staatsmedaille 1904. Wintersemester 1921/22: 1. Oktober bis 31. März. Meisterkurse. Akademie. Sonderkurse. Gegründet 1877. Eintritt jederzeit. Prosp. d. die Direktion.

Beginn des 20-jährigen Kurses unserer Spezialschule für **Holz- u. Marmorimitation** am 1. November 1922
F. Weiershanien & Co., Hamburg 5.
Man verlange Prospekt!

Die Woche vom 16. Oktober bis 21. Oktober 1922 ist die 42. Beitragswoche.